

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 17. Oktober 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Fortdauer der Rückzugschlacht.

Wilson's neue Antwort und England.

Ministerrat in London.

London, 15. Oktober. Das Reichliche Bureau erklärt, daß der ansprüchliche Text der Antwort Wilsons an Deutschland, wie er von Weiter aus Amerika übermittelte wurde, früh in den Händen der Mitglieder der Regierung war, die über ihn in einer ministeriellen Beratung, die bis nach 11 Uhr abgeschlossen wurde, verhandelten. Für den Augenblick ist keine motivierte Erklärung möglich. Aber es scheint, daß die Antwort des Präsidenten faktisch die Ansichten der anderen assoziierten Regierungen wider gibt. Die Bejahung des Präsidenten auf Österreich-Ungarn wird als ein bezeichnender Teil der amerikanischen Antwort betrachtet. Die Bemerkungen des Präsidenten über die verantwortlichen Männer in Deutschland werden als ein deutlicher Wink an das deutsche Volk aufgefaßt, was man von ihm verlangt.

Amsterdam, 15. Oktober. Die „Allgemeine Handelsblad“ aus London erklärt, kann bereits jetzt gesagt werden, daß die Antwort des Präsidenten Wilson der allgemeinen Erwartung der englischen Presse entspricht und der Ausdruck der vorherrschenden Meinung aller Stände in Großbritannien und Amerika ist.

London, 15. Oktober. (Reuters.) Unterhaus. Das Haus ist nach den Ferien wieder zusammengetreten. Der Besuch war gut und es herrschte allgemein eine frohe Stimmung. Es wurden viele Fragen über die schlechte Behandlung britischer Kriegsgefangener durch die Deutschen und über Beurlaubungsregeln gestellt. Cavé erklärte, was die Türkei betrifft, so ist die beabsichtigte Auslieferung der britischen Kriegsgefangenen die Beurlaubung für jeden Wesenfalls. Was die Mittelmeerfrage betrifft, so ist es nicht erwünscht, die Verhandlungen, unter denen allein ein Waffenstillstand ausgemacht werden könnte, einzeln zur Sprache zu bringen. Man habe die Angelegenheit vollständig im Auge gehabt und werde es auch in Zukunft tun. Bonar Law sagte in Verantwortung anderer Fragen, es sei nicht erwünscht, im jetzigen Augenblicke irgend eine Erklärung über die militärischen Operationen oder über Friedensmittlungen abzugeben.

Amsterdam, 15. Oktober. „Handelsblad“ erfährt aus London: Die Passifisten sind von Wilsons Erklärung ebenfalls ganz befreit und erklären, nicht in der Stimmung zu sein, eine Debatte im Hause zu eröffnen. In diesem Falle wird die Regierung seine offizielle Erklärung abgeben.

London, 15. Oktober. (Reuters.) In Manchester sagte Churchill:

Wilson's feste und kraftvolle Antwort an Deutschland wird in den adhärenten Ländern einmütige herzliche Zustimmung finden. Der erste und wichtigste Punkt ist, daß der Feind uns angemessene Sicherheiten und Garantien geben muß, bevor wir uns darauf einlassen, den Druck unserer freigegebenen Armeen einzustellen. Wir müssen unbedingt wirksame Garantien haben, die den Deutschen eine Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich machen. Ueber die Frage der Garantien, die vor Bewilligung des Waffenstillstandes zu leisten sind, muß an erster Stelle noch zu Rate gezogen werden. Wir müssen

auch Garantien für die See

haben und hierüber wäre das Urteil der britischen Admiralität einzuholen. Ein weiterer Punkt ist der, daß die Deutschen ausführen müssen, Grausamkeiten zu begehen, bevor wir mit ihnen verhandeln können. Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland zu vernichten, aber die Deutschen müssen ihren Traum einer Weltbeherrschung aufgeben. Es ist möglich, daß wir noch einen schweren monatelangen Kampf vor uns haben, der riesige Mengen von Blut und Geld kostet. Sollte dies der Fall sein, sei es besser, der Aussicht nicht jetzt ausgetreten, als daß wir einen Kompromiß annehmen oder uns um die Früchte unserer Anstrengungen brühen.

Anmerkung des WTB: Präsident Wilson spricht in erster Linie von den militärischen Ratgebern der Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 16. Oktober. „Nieuwe Courant“ schreibt: Die neuen Forderungen von Wilson sind keine Antwort auf das deutsche Ultimatum. Es sind neue Bedingungen, von denen nicht gesagt wird, daß ihnen nicht andere folgen werden. Diese Forderungen gleichen viel mehr dem Verlangen nach völliger Kapitulation als die anderen. Aber vielleicht sind sie doch jenseit davon entfernt, als sich mit den Wünschen von Wilsons Bundesgenossen noch gerade vereinigen ließ.

Luxemburg will geräumt werden.

Wafel, 16. Oktober. Die neue Korrespondenz meldet aus Luxemburg: Die luxemburgische Abgeordnetenkammer und die Regierung haben beim Präsidenten Wilson das Ersuchen gestellt, angunsten Luxemburgs einzuschreiten und die Räumung jenes Gebiets durch die deutschen Truppen zu fordern.

Schwere Kämpfe um Torhout — Feindlicher Vorstoß über die Bahn Siegem-Kortrik — Kämpfe vor den neuen Stellungen nördlich von Ypern und im Maasgebiet.

Berlin, 16. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Nordöstlich von Doelare, am Sella-Rücktritt des Hauff, zwischen Ypern und Maas und auf dem Ostufer der Maas sind feindliche Angriffe gescheitert. Die von französischen Pionieren angelegte Straße von Denain liegt unter dauerndem Feuer schwerer englischer Artillerie. Der Feind beschloß gestern die von und während des Krieges sorgsam verschonte Wallfahrtsstätte von Diefse.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Oktober 1918.

Westlicher Kriegshauptquartier.

Seereschutzgruppe Annapolis Rudbeck.

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Der Kampf richtete sich auf Torhout und gegen die Bahn Siegem-Kortrik. Auch gegen die Abzweig-Straße hielten die Feinde vielfach durch Panzerwagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen die Linien behauptet; an anderen Stellen wichen sie kämpfend aus und wehrten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstöße ab. Auf dem nördlichen Angriffspunkt blieb Torhout in unserer Hand. Berichte des Feindes, zwischen Ypern und Torhout in nördlicher Richtung vorzugehen, wurden in erster Linie durch Truppen der 38. Landwehr-Division verhindert. Südlich von Torhout haben wir die Linie Dichterwelle — Siegem gehalten. Südlich von Siegem gelang es dem Gegner über die Bahn Siegem-Kortrik hinaus vorzudringen; südlich der Bahn drachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Diefse setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Seereschutzgruppe Deutscher Kreuzer.

Zwischen Ypern und der Diefse griff der Feind erneut nach harter Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohan-Artionville hielten wir ihn durch unser Feuer nieder. Aisla-ville wurde nach heftigem Kampf gegen den heftigsten des Ores und gegen den Ort selbst mit starken Kräften mehrfach anfallenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Diefse vorbrechende feindliche Angriff scheiterte vor unseren Linien. Die seit Wochen fast ununterbrochen im Kampf befindliche 6. bayerische Infanterie-Division schickte sich wiederum besonders aus. Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordwestlich von Ypern und westlich der Diefse, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufühten. Der Feind hielt sich südlich der Diefse und etwa in Richtung Germandersgracht. Der zwischen Diefse und Germanders an Ypern entlang der Diefse vorrückende Feind Stellungsbau wurde geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind aus gestern wieder zu mehrfachen für ihn verheerenden Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vordringenden Halten des Bogens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

Seereschutzgruppe Ostflandern.

Zwischen den Argonnea und der Maas sind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer und an unseren Gegenständen gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einsatz weit überlegener Kräfte, harter Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Ypern, am Walde von Saatherville und nordöstlich von Ganel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abschluß. Auf dem südlichen Westufer gescheiterten sich die zwischen der Maas und nordöstlich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem unübersichtlichen Gelände in sehr heftige Teilkämpfe, die zu unseren Gunsten ausfielen. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. Oktober. Amtlich wird berichtet: Auf dem Saizo Roffo bereiteten unsere Sicherungstruppen einen italienischen Vorstoß. In Serbien und in Albanien bestehen sich unsere Bewegungen und Maßnahmen ohne Einwirkung des Feindes. Der Chef des Generalstabes.

Sowjetnote an die Ukraine.

Kiew, 15. Oktober. Stellungsmeldungen zufolge überreichte der Vorkommando der russischen Friedensdelegation, Manuisk, der ukrainischen Regierung eine Note der russischen Sowjetregierung mit der Forderung der Befreiung aller an den letzten Verhandlungen und Auslassungen bei den Vertretern der russischen Regierung beteiligten Klassen.

Regierung Haase-Lebedour?

In einigen Fabriken Groß-Berlins sprechen manche Leute von einer Regierung Haase-Lebedour als von einem kommenden Ereignis. Haase-Lebedour ist für sie ungefähr die deutsche Uebersetzung von Trotski-Lenin. Die Regierung Haase-Lebedour soll die Diktatur der Proletarats vertreten, die auf die Herrschaft der Arbeiterklasse gegründet sein soll.

Daß diese Uebersetzung auf dem Russischen nicht ganz richtig ist, sei nur nebenbei erwähnt. Haase-Lebedour gehören zu einer ganz anderen Richtung als Trotski-Lenin. In einem Flugblatt der neuen Kommunistenliste, die sich durch den Zusammenschluß zweier anderer kleiner Gruppen gebildet hat, lesen wir neulich, die Unabhängigen unterscheiden sich von den Sozialdemokraten durch nichts als durch ein gleiches Phrasenmährchen. Das ist, wie zahlreiche Flugchriften bezeugen, die Auffassung aller (aber diese „alle“ sind nur recht wenige), denen es mit der Uebersetzung aus dem Russischen ernst ist. Und die Unabhängigen sind ja in der Tat durchaus keine Bolschewiki.

Aber davon abgesehen, wäre eine Regierung Haase-Lebedour für uns eine sehr distastable Sache. Mit Freuden würden unsere Genossen heute aus den Aemtern gehen, und die anderen Minister, sofern sie vernünftig sind, würden ihnen mit Freuden folgen, wenn Haase und Lebedour ihnen die fürchterliche Last der Verantwortung abnehmen wollten. Die Aufgabe der neuen aus den Unabhängigen gebildeten Regierung wäre dann, einen erträglichen Frieden zu schließen, die Volkswirtschaft sicherzustellen und unsere Kriegswirtschaft in den Friedensstand überzuführen.

Es ist selbstverständlich, daß eine aus Unabhängigen gebildete Regierung auf jedes Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien — höchst wahrscheinlich auch mit uns „Regierungsozialisten“ — verzichten würde. Sie soll ja eine reine Proletarierregierung sein und binnen allerkräftiger Zeit — nicht wie die „Regierungsozialisten“ beabsichtigen, Schritt für Schritt — die sozialistische Gesellschaftsordnung in Deutschland einführen.

Wer den Mut hat, diese Aufgabe zu übernehmen, und wer glaubt, mit ihrer schnellsten Lösung das Glück des Volkes fördern zu können, der trete vor!

Es wird sich aber keiner melden! Denn jeder marxistisch-gedulte Sozialist, der nicht nur Ziele vor seinen Augen sieht, sondern auch mit den Verhältnissen rechnet, unter denen diese Ziele erreicht werden sollen, weiß, daß ein derartiges Unternehmen von vornherein dazu bestimmt ist, Schiffbruch zu erleiden und den Sozialismus zu kompromittieren.

Die erste Voraussetzung für die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ist der Frieden. Diesen zu erreichen, ist die neue Regierung Deutschlands nach Kräften bemüht. Die Schwierigkeiten kennt jedermann. Aber bessere Mittel weiß, sie zu überwinden, als die bisher hergesehenen, der nehme das Wort!

Die zweite Voraussetzung ist die Uebereinstimmung des Volkes mit den Zielen und den Methoden der sozialistischen Regierung. Ein Sozialismus, der nicht aus dem Leibe der Demokratie gewachsen ist, bleibt eine lebensunfähige Mißgeburt. „Was will das Volk?“ Das muß für uns Sozialdemokraten die erste Frage sein. Die Antwort kann nur lauten: „Das Volk wünscht ganz offenbar den Fortschritt zur Demokratie, es ist wahrscheinlich auch für weitgehende Reformen im Sinne des Sozialismus zu haben, aber die Politik der Unabhängigen lehnt es ab.“ Siehe die vorerwähnte Wahl in Berlin I, siehe Niederbarmin, Ostidau, Sandau-Distrikwahl usw.

Eine Regierung Haase-Lebedour könnte sich nicht auf den Volkswillen, sondern nur auf die Diktatur stützen. Das erste, was sie zu tun hätte, wäre, den Belagerungszustand, der jetzt abgelehnt wird, wieder einzuführen, die Press- und Versammlungsfreiheit, die jetzt wieder eingeführt werden soll, wieder abzuschaffen. Denn, wer nicht das Volk hinter sich hat, kann sich nur durch Gewalt halten, mag er ein Alldeutscher oder ein Unabhängiger sein.

Welche Mittel hätte die reinproletarische Diktaturregierung an der Hand, um die Volksernährung sicherzustellen? Zur Sicherstellung der Volksernährung gehört eine wirksame produzierende Bevölkerung auf dem Lande und ein williger Verwaltungsapparat. Wie will man das beschaffen? Um nur von dem Verwaltungsapparat zu sprechen, zu gehören dazu Rehtausende erfahrene und geschulte Leute — wo sollen die mit einem Male hergenommen werden? Woher sollen die Mittel, die Uebung der Landwirte gegen die Produktion unter den neuen Bedingungen zu überwinden, können die Schwierigkeiten des Ueberdrehens nicht glatt überwunden werden, so wird die „Herrschaft des proletarischen Sozialismus“ für die Massen der Arbeiterklasse mit einer Hungerperiode beginnen, wie sie auch während des Krieges noch nicht erlebt worden ist.

Und die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische — wie stellt man sich die vor? Kann

irgendem vernünftiger Mensch glauben, eine solche Entschliessung lasse sich über das nie brechen, und der Sozialismus sei schon da, wenn man ihn bloß proklamieren? Sozialisierung ist Organisierung, ist ruhig-planmäßige, alle Wirkungen voraus-rechnende Verwaltungsarbeit! Mit Gewalt ist das nicht zu erreichen. Mit Gewalt kann man Gewalt niederzujagen, Hindernisse aus dem Weg räumen, niederreißen. Aufbauen kann man nur mit Plan und Ueberlegung.

Wer da glaubt, dem tausendfach bewickelten Geäder der Wirtschaftsförderung mit bloher Gewalt beizukommen, der gleicht dem Manne, der sich mit Hammer und Säge naht, um eine Tischknie zu reparieren.

Was soll durch Gewalt erreicht werden? Mit Gewalt kann man die Staatsform ändern, die Demokratie erreichen oder zerstören. Würde Gewaltanwendung jetzt Förderung oder Zerstörung der Demokratie bedeuten? Die Unentwegten geben ruhig zu, die Zerstörung, wenigstens für die „Uebergangsperiode“. Mit dem alten Programm der Sozialdemokratie, zu dem wir uns bekennen und zu dem sich auch die Unabhängigen bekennen — wie sie behaupten, nur noch grundlos feiler als wir — läßt sich ein solches Vorhaben nicht vereinbaren. Wer die Demokratie, das Recht des Volkes, über sich selber zu bestimmen, verneint, hat auf den Namen eines Sozialdemokraten keinen Anspruch.

Würden Gasse und Redebaur nach den Plänen jener Vorträge zur Regierung gelangen, so geschähe das gegen ihre eigenen Grundzüge. Und da die Unentwegten der Unentwegten in jenen beiden Männern ja längst „Sozialdemokraten“ erkläre, würde die Entschliessung sehr schnell auch über sie hinweggehen. Wohin?

Den Anhängern, die von einer reinen Proletariatregierung Gasse-Redebaur reden, oder die gar schon in ihren Gedanken eine noch weiter links liegende Regierung gebildet haben, läßt sich das russische Vorbild vor, das sie nicht kennen. Kennen sie es, so würden wahrscheinlich auch sie nicht glauben, auf diesem Weg etwas für das zukünftige Glück des Volkes erreichen zu können. Der Volkswille hat bisher das russische Volk nicht glücklich gemacht, leider! Ob er je dazu kommen wird, ist noch über die Frage! Man sollte verständigerweise erst die weiteren Erfolge abwarten.

Wir Sozialdemokraten wollen zunächst den Frieden und die Volkregierung. Dann wollen wir alle sozialistischen Reformen einführen, zu denen wir die Zustimmung des Volkes gewonnen haben. Bekämpfen sie sich, so wird uns das Vertrauen des Volkes rasch höher und höher tragen, bis wir das ganze Reich des Sozialismus vollenden können. Es gibt keine denkenden Sozialisten, der sich die Sache anders vorstellen kann, und wir glauben, daß Gasse und Redebaur — Bornstein nicht zu vergessen! — das selbe Denken meinen sind. Wenn nicht, mögen sie es sagen!

Wir wollen arbeiten! Zu Hindernissen ist keine Zeit! Jeder seiner Verantwortungen bewußte Sozialdemokrat muß die Arbeiter davor warnen, den unklugen Ratschlägen Unverantwortlicher zu folgen. Wir appellieren an die Einsicht und an das Gewissen der Genossen, die in Jahrzehnten des Klassenkampfes gekämpft sind. Lächliche Streiche machen wir nicht mit!

Die Note Wilsons und Frankreich.

Der Eindruck in der Kammer.

Amsterdam, 16. Oktober. Nach Meldungen aus Paris wurde Wilsons Antwort in der Pariser Kammer vor Beginn der Sitzung bekannt. Sie rief das größte Interesse hervor. Die sozialistischen Abgeordneten machen einigen Pariser Wählern zum Vorwurf, daß sie zu große Forderungen stellen. Sie rufen ihnen, die pazifistische Sitzung in Deutschland nicht zu führen. Der Sozialistenführer Sembler erklärte, daß Wilson vorzuführen werde, wie er begonnen habe und streng mit seinem Gewissen zu Rechte gehen würde. Deshalb, so sagt Sembler, sind wir beruhigt. Wilson befindet sich in Uebereinstimmung mit gewissen Sozialisten. Der radikale Führer und ehemalige Minister Sieeg will zuerst die deutschen Gegenwortsätze abwarten. „Lass uns nicht vergessen“, schreibt er, „daß für unsere Feinde ausschließlich die Notwendigkeit, mit diesem Standpunkte begann er den Krieg und damit wird er ihn beendigen.“ Der „Temps“ schreibt: Nun stehen wir in Erwartung der Antwort des deutschen Volkes, das selbst für den Frieden wirken muß; wenn dies nicht geschieht, dann wird der Friede nur durch unsere Waffen kommen.

Genf, 16. Oktober. Der „Populaire“ brandmarkt die Gekämpfte der gesamten französischen Presse gegen einen Waffenstillstand und gegen den Frieden. Die Presse verurteilt den Deutschen Unmuth, darunter die Besetzung deutschen Gebietes, und es sei zu hoffen, daß Wilson diesem chaotischen Druck genügend Widerstand leisten werde. „Ouvrier“ hält es für richtig, die Verhandlungen zu verschleppen, bis die Ententearmee am Rhein stünde.

Neue Mehrheit und neue Minderheit in der französischen Sozialistenpartei.

Die Reden am Kongressbankett.

Genf, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Renaudel erklärt in der „Humanität“, daß der Kampf in der Partei nicht etwa beendet ist. Die neue Mehrheit wies die angebotene Einigkeit zurück; die neue Minderheit wies die Minderheit in der „Humanität“ nicht verlassen. Renaudel behauptet die Anhänger Conguets und die Kienthaler, daß sie, um der politischen Verantwortung auszuweichen, den mehr rechts stehenden Cadin als Leiter der „Humanität“ vorgezogen hätten. Nur um dieses Tragbild einer Parteieinheit hintanzubringen, habe er die Gegenkandidatur angenommen, aber er sei entschlossen gewesen, falls er durchdringe, zugunsten Cadins zu verbleiben.

Der Bericht Renaudels, die geistige Solidarität Cadins mit der neuen Mehrheit als fraglich einzustellen, wird durch die Rede Cadins auf dem Kongressbankett widerlegt. Cadin sagte dort: Nie war ein Einvernehmen echter, als zwischen der neuen Mehrheit und mir. Unser Programm ist die Revolution des Parteitag, aber wir verwerpen niemanden die Lär. Dem Vantel wohnte nur die neue Mehrheit und Auslandsdelegierte bei. Conguet grüßte die Sozialisten in den Gesandnissen des Auslands: Lazari, Serrati, Debs, Liebknecht, Zetkin, Adler und die russischen Revolutionäre.

Die Versammlung brachte Hochrufe auf die Sowjetrepublik aus. Jomett griff die Nationalisten an, für die die Alliierten Engel, die Zentralmächte Teufel seien. Auf beiden Seiten müsse man die Wölfer von den Regierungen unterscheiden. Morgari sagte: Man will das Trentino und Triest befreien. Ich weiß nicht, ob die Bewohner nachher glücklicher sein werden. Wer muß man, um 600 000 Italiener zu befreien, Willkoren iden? Mertzheim erklärte, die Parteieinheit sei notwendig, da sonst

Die Einigkeit der Konföderation der Arbeit gefährdet sei. Der Griech Petridis sagte: Das Beispiel Cyprians zeigt die Dehnbarkeit der Rationalitätsgrenze. Das „Journal du Peuple“ schreibt: Das Bankett war ein gutes Beispiel der großen Kundgebungen, welche schon bevorstehen, und womit wir in den Massen die Lust zur sozialistischen Aktion erwecken wollen.

Arbeiterpartei und Gewerkschaften Englands zum deutschen Friedensangebot.

Die Forderung offizieller Arbeitervertretungen auf der Friedenskonferenz.

Das am 9. Oktober zur Friedensfrage von der britischen Arbeiterpartei ausgegebene Manifest, dessen Inhalt unser Berliner Korrespondent bereits mitteilte, lautet:

Die gemeinsame Verammlung des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und der nationalen Exekutiv der Arbeiterpartei hat die Ansicht, daß das neue Friedensangebot der Regierungen der Centralmächte eine Frage voller Möglichkeiten ist, welche die Alliierten, ihre Völker und die Regierungen, nicht ignorieren können. Der deutsche Vorschlag wird von einer Regierung gemacht, welche die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages einschließt. Wir sind daher der Meinung, daß das Angebot einen Anspruch auf vernünftige Erwägung hat. Wir erkennen offen an, daß eine weitere Klärung dieser Vorschläge absolut notwendig ist, ehe die militärischen Anstrengungen der Alliierten angehalten werden können. Als unumgängliche Vorbereitung müssen die Centralmächte ihre Heere von allen besetzten Gebieten zurückziehen und eine öffentliche unabweisende Erklärung ihrer Bereitwilligkeit abgeben, die von Wilson formulierten Grundzüge ehrlich und rückhaltlos auf jede in der schließlichen Auseinandersetzung zu lösende Frage anzuwenden. Nur durch solche vorbereitenden Maßnahmen und wenn diese Prinzipien gemäß den Worten Wilsons auf die positiven Einzelheiten, welche die schließliche Auseinandersetzung ausmachen müssen, angewandt werden, können wir ihrem Friedenswillen vertrauen und die notwendigen Zugeständnisse dafür verlangen, daß jede bei der Friedenskonferenz auftretende Frage der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts nicht als Gegenstand des Schachzuges und des Kompromisses zwischen einzelnen Nationen erörtert wird.

Gleichzeitig erziehen wir die alliierten Regierungen, öffentlich, gemeinsam zu erklären, daß die unbedingte Annahme der Bedingungen Wilsons einschließlich des Völkerbundes den Anfang der amtlichen Verhandlungen für den allgemeinen Frieden sein werde. Wir würden so eine gemeinsame Definition des Zieles und eine Uebereinstimmung betreffs der Grundzüge des Friedens haben, welche eine erfolgreiche Erörterung möglich machen würden. Mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten sind wir der Meinung, daß eine solche Definition und Uebereinstimmung die wesentliche Vorbedingung zwischen den kriegführenden Regierungen bildet. Wir teilen seine Ansicht, daß die Methode für die Herbeiführung des Friedens nicht die des Wiener Kongresses

sein kann, wo die Diplomaten heimlich die verschleierten Länder zurechtfinden, ohne sich um die Wünsche der Landesbewohner, noch um den Willen der Nationen, für die sie zu handeln vorgeben, zu bestimmen. Das Volk hat schmerzliche Leiden erduldet und schwere Wunden getragen in der Hoffnung, daß die Menschheit schließlich aus der Auseinandersetzung einen bleibenden Frieden in Sicherheit bringen wird. Wir glauben, daß innerhalb des Rahmens des Kriegszielanbietes der organisierten Arbeiter der alliierten Nationen, sowie des Programmes des Reichstages Wilsons ein solches Ziel, das auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker errichtet werden kann. Dieses Prinzip muß die Grundlage einer jeden vor der Friedenskonferenz kommenden Frage territorialer und politischer Charakter sein. Seine Nichtbeachtung kann nur zu einem prinzipiellen Kompromiß führen. Unsere Generation hat den schweren Preis dafür bezahlt, daß dieses Prinzip in den Friedensschlüssen nach früheren Kriegen verlegt und ignoriert wurde. Der gegenwärtige Weltkrieg ist hauptsächlich aus einer betriebligen Verletzung des Rechtes der kleinen Nationen sowie solcher Rationalität entstanden, denen bisher der Zusammenhalt und die Kraft fehlte, ihren Anspruch, unter Regierungsformen eigener Wahl zu leben, geltend zu machen.

Wir Vertreter der organisierten Arbeiterschaft fordern wir die Regierung auf, diesen neuen Weg zum Frieden einzig in dem Bestreben zu suchen, um festzustellen, ob er zu einer internationalen Ordnung und zum allgemeinen Frieden führt, die zu genießen und schützen wir alle uns vereinigen können. Die Aufmerksamkeit der Regierung wird auf das Studium der internationalen Konferenz vom September gelenkt, welches das auf der internationalen Konferenz vom Februar gestellte Gesuchen wiederholte, nämlich, erstens, daß der amtlichen Delegation

zur Friedenskonferenz ein direkter offizieller Vertreter der organisierten Arbeiter beigegeben werde, und zweitens, daß eine repräsentative internationale Konferenz von Arbeiter- und Sozialdemokraten

am gleichen Orte zur gleichen Zeit wie die Friedenskonferenz abgehalten werde, wobei jede Nation auf vier Delegierte beschränkt sein soll. Das gesamte Komitee, dessen Aufgabe es sein soll, die internationale Konferenz zu organisieren, und daß die Teilnahme der Arbeiter an der amtlichen Delegation ohne Abhaltung der oben genannten internationalen Konferenz von geringer Bedeutung sein würde, namentlich wegen der Notwendigkeit der Herbeiführung eines internationalen Abkommens zur Durchführung geistlicher Maßnahmen in allen Ländern in Bezug auf Arbeitsfragen, auf den Arbeitsvertrag, auf die Verbindung gesundheitsförderlicher Maßnahmen, auf den Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung und Bestrafung und auf die Verbindung von Nacharbeit für Frauen und Kinder.

Die Arbeiterpartei und der Frieden.

Der einflussreiche Sekretär der Kesselschmiede und Schiffsbauer John Hill sandte an die Mitglieder und den parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftskongresses folgenden Entwurf einer Entschliessung:

Wir begrüßen die Antwort auf unseren Aufruf an Deutschland, eine demokratische Regierung zu errichten; wir freuen uns über die Bildung einer deutschen Regierung, die hauptsächlich aus Vertretern des Volkes und der Arbeiter zusammengesetzt ist; ebenso über die Annahme der vierzehn Punkte Wilsons und dessen späterer Bedingungen als Grundlage der Unterhandlungen. Und da unser Ministerpräsident Lloyd George erklärt hat, daß Deutschland schon morgen den Frieden mit England und Frankreich haben könnte, wenn es die Bedingungen Wilsons annähme, so fordern wir die Verbündeten Regierungen auf, die Note des deutschen Reichstages gebührend zu beachten und die gegenwärtige Lage genau auszuwerten, um zu erfahren, ob ein frühzeitiger, ehrenvoller und dauernder Friede möglich ist.

Die Entschliessung soll in einer gemeinsamen Sitzung der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften zur Beratung gelangen.

Bern, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Corriere“ veröffentlicht das Interview einer Wiffon der Friedensisten, die nach Paris und London reiste. Gespräche mit einer hervorragenden Persönlichkeit des englischen Ministeriums und mit autoritativen Vertretern der öffentlichen Meinung zeigten, daß die Regierung und das englische Volk diplomatische Verträge der Alliierten mit Italien heilig halten wird. Die Wiffon sagt: In einigen Kreisen gelang es die Vereinfachung des gefährlichen Wiffonstänbisses, als ob das Abkommen in Rom den Londoner Vertrag in Bezug auf die territorialen Grenzen aufgehoben hätte. Eine höchst kompetente britische englische Persönlichkeit wies bei Andeutung des gefährlichen Antriebs Italiens auf das Vortrecht an der Diktate der Adria spontan auf die unzureichende jetzige Sezengen und die Notwendigkeit einer dortigen Verteidigungsmaß für Italien hin. Wir verließen London sehr beruhigt, aber der dringenden Notwendigkeit behaupt, dort dauernd Fühlung zu behalten. In Paris sagte uns Clemenceau wörtlich: „Ihre Sache ist unsere Sache.“

Oesterreich noch Bundesstaat?

Die Ereignisse vollzogen sich in Oesterreich mit einer so lawinenartigen Wucht und Schnelligkeit, daß man sich billig fragen darf, ob das Habsburgerreich auch nur als Bundesstaat weiter bestehen wird. Doch darf die Hoffnung nicht läshenden, daß die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten über die Sturmflut der jetzt triumphierenden nationalen Radikalisierung schieben und zu einem Zusammenstoß auf neuer und gesünderer Grundlage drängen werden.

Im Anschluß der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten gab der Führer der ungarischen Unabhängigkeitspartei Graf Michael Karolvi die angekündigte Unabhängigkeitserklärung ab und untertrieb ihre Bedeutung mit dem Auszug aus der Delegation:

„Ich bin gekommen, Gär zu begabren, nicht um zu feiern. Ich möchte die Delegation und betrachte sie nur als Podium, das mir Gelegenheit bietet, gegen die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung vor ganz Europa Anklage zu erheben. Die Fehler, die die gemeinsame Regierung und die Delegation begangen haben, sind unerschöpflich. Graf Csernay und Graf Burian, der im Weltkrieg zweimal Minister war, haben absichtlich die Delegation nicht zusammenberufen, um nicht vor dem Richterstuhl erscheinen zu müssen. Die Festsätze, daß Graf Burian sich jetzt auszusprechen hätte, eine Verhöhnung des ungarischen Volkes. Graf Burian hätte die heutigen Einladungen mit einem Feuerbrand abweisen müssen. Die Abstammungsfrage (Unabhängigkeit) Partei ist seit jeher mit all ihrer ganzen Kraft gegen dieses unmaßige Instrument, die Delegation, aufgetreten. Ich sage das gemeinsame Ministerium und die Delegation an, daß sie allein den Aufschwung der Monarchie betriebligen, und so Ungarn in diese traurige Lage verurteilt haben, in der es heute sich befindet. Die gemeinsame Regierung hat sich niemals um die Stimmung im Volke gekümmert, sondern auch in der ersten Zeit immer kleinliche Intrigen betrieben.“

Das Beispiel des Grafen Karolvi dürfte, wenn auch vielleicht in anderen Formen, Nachahmung finden und die vollständige Trennung Ungarns von Oesterreich einleiten. Die Bildung eines neuen ungarischen Kabinetts ist möglich, die Demission des Ministeriums Bekerle wurde nicht angenommen.

In Agrar soll als Gegenstück zur ungarischen Unabhängigkeitserklärung die Proklamation eines selbständigen selbstständigen polnischen Staates geplant sein.

Die der österreichischen Delegation angehörigen polnischen Abgeordneten haben in der heutigen Sitzung der Delegation folgende Erklärung abgegeben:

„Die polnischen Mitglieder der Delegation erklären feierlich, daß die Gesamtheit der polnischen Reichstagsabgeordneten im vollsten Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung und mit dem festen Willen aller Bevölkerungsteile im Lande die am 2. Oktober 1918 im Abgeordnetenausschuss durch die polnischen Parteien abgegebene Erklärung als einzige politische Grundlage für die polnische Nation in der Monarchie, insbesondere in Galizien, annehmen und sich von diesem Augenblick an auch als Zugsührer und Vürer des freien, vereinigten, unabhängigen polnischen Staates betrachten, wobei sie sich sowohl auf die weltbekannte Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sowie auf die Anerkennung durch die Zentralmächte berufen. Die polnischen Mitglieder der Delegation fordern die I. u. I. Regierung auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Verwirklichung der Grundzüge des polnischen Willens führen und in hiesiger Weise das Recht des polnischen Volkes an der Teilnahme an der Entscheidung über die Durchföhrung der künftigen Anrechnung und Anbahnung der notwendigen wirtschaftlichen Verträge zwischen dem souveränen polnischen Staat und den übrigen Teilen des österreichisch-ungarischen Staates zur Geltung kommen lassen.“

Weshalb wie sich die Polen als unabhängig betrachten und der I. österreichisch-ungarischen Regierung nur die Aufgabe der formellen Liquidation Oesterreich-Ungarns zuschieben, erklären sich die Löhden als selbständig. Sie haben gemeinsam mit den Bildhauern an den Kriegsmünzen und den Ministern des Reiches folgende Anfragen gerichtet:

1. Ist die I. u. I. Regierung bereit, endlich einmal den Weg zum Frieden zu öffnen, indem sie den Vertretern der Nationen, die sich an Nationalkonferenzen teilzunehmen wollen, die Herbeiführung und Durchführung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ermöglicht? 2. Ist die gemeinsame Regierung bereit, sofort alle selbständigen Regimenter in die Heimat zu verziehen? 3. Im Gesetzesausschusse der österreichischen Delegation verweist der tschechisch-polnische Delegierte Dr. Kocornar darauf, daß der tschechisch-polnische Staat nunmehr ins Leben getreten sei. Die nähere Durchführung des neuen Staates werde den Gegenstand internationaler Verhandlungen zu bilden haben. Jetzt bestehe nur ein Uebergangsstadium bis zur Lösung des neuen Staates von der österreichisch-ungarischen Monarchie. Deshalb nehme Redner an den Verhandlungen nur unter Vermöhrung teit, ohne den Fortbestand der Verfassungsgesetze vom Jahre 1867 anzuerkennen.

Wien, 15. Oktober. In der österreichischen Delegation sind Anfragen der Löhden an den Kriegsmünzen betreffend Entstehung österreichisch-ungarischer Truppen an die Besatzung, des Polen Kabinetts an die gemeinsame Regierung wegen Errichtung von gemeinsamen polnisch-österreichisch-ungarischen und polnisch-tschechischen Liquidationsausschüssen und scheinliche Inangriffnahme weiterer sich aus der Unabhängigkeitserklärung des geeinigten Polen ergebender Maßnahmen eingebracht worden.

Parlamentarische Konferenz Südafriks.

Wien, 16. Oktober. Ministerpräsident Frohner von Südafrik hat für heute abend die Führer sämtlicher parlamentarischen Parteien zu einer Konferenz einberufen.